

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 15. Jahrgang, Nr. 20, 7. Oktober 1998

rechts

Einblicke

Neues Klima

Von Helmut Lölhöfel

Rot/Grün ist gewählt. Deutschland wird von links regiert. Die Rechtsextremen sind nicht im Bundestag. Auch in die Landtage von Bayern und Mecklenburg-Vorpommern drängen sie nicht vor. Alles bestens? Gefahr gebannt? Nein, wir können uns nicht beruhigt zurücklehnen. Rund 1,8 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl rechtsextremen Parteien ihre Stimmen gegeben. Daß dies nur 3,6 Prozent entspricht, täuscht darüber hinweg, daß es in der ganzen Republik einen unübersehbaren und ernstzunehmenden braun gefärbten Bodensatz gibt. Jederzeit können bei kommenden Wahlen die Rechts-Parteien wieder hochgespült werden. Sie sind da, sie sind fanatisch, sie lassen nicht nach.

Wahrscheinlich hat der Schock über den DVU-Durchmarsch in Sachsen-Anhalt nachhaltig gewirkt. Die demokratischen Parteien und die meisten Medien haben aufgeklärt und gewarnt. Doch das reicht nicht. Denn diese Überzeugungsarbeit muß unermüdlich und pausenlos fortgesetzt werden.

Nach dem Regierungswechsel rücken verständlicherweise andere Themen in den Vordergrund. Aber gerade von der neuen Koalition muß erwartet werden, daß sie den Blick nach rechts nicht vergißt. Es geht nicht nur darum, soziale Gesetze zu verabschieden, damit Zünd- und Sprengstoff aus der Gesellschaft genommen wird. Sozialdemokraten und Grüne haben eine Chance, Versäumtes nachzuholen: Es ist ihre Sache und ihr Auftrag, ein Klima im Land zu schaffen, das Minderheiten, Außenseiter, Benachteiligte und Zuwanderer akzeptiert. Nach rechts abdriftende junge Menschen müssen eingebunden werden. Billige Klischees dürfen nicht ständig wiederholt werden. Widerspruch ist nötig, nicht schleichen-de Übernahme wohlfeiler Stimmungen. Demokratisches Engagement muß wachsen, damit Menschen ermutigt werden, sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt zu wenden. Und damit Bürgerinnen und Bürger lernen, zu erkennen, wer die geistigen Anstifter sind.

Neue Partner gesucht

Nach dem Wahldebakel für den „Bund Freier Bürger“ ist die Partei gehalten, sich politisch neu zu orientieren **Seite 2 ■**

Brauner Spuk bleibt

In Mecklenburg-Vorpommern hat die militante NPD zwar ihr Wahlziel verfehlt, sich jedoch organisatorisch im Land verankert. **Seite 4 ■**

Keine Entwarnung

Die rechtsextremen Parteien haben sich bei den Wahlen untereinander die Stimmen weggenommen. In einzelnen Regionen erzielten sie beachtliche Ergebnisse. **Seite 5 ■**

Triumph für Le Pen

Im Streit mit seinem Widersacher Bruno Mégret hat der Parteichef des „Front National“ seine Autorität wiedergewonnen. **Seite 7 ■**

Nutznieß der Opfer

Den hochbetagten Holocaust-Überlebenden muß rasch geholfen werden. Langwierige Prozesse sind sinnlos. **Seite 10 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Auf der Suche nach neuen Partnern**

Nach dem Debakel bei den Wahlen klopft der „Bund Freier Bürger“ bei den „Republikanern“ an.

Einen Achtungserfolg hatte Manfred Brunner mit seinem „Bund Freier Bürger“ bei den Landtagswahlen in Bayern und bei der Bundestagswahl eringen wollen, um darauf für die Europawahl und besonders die Bundestagswahl in vier Jahren aufbauen zu können. Dort wollte man dann als bereits etablierte Partei rechts von der Mitte antreten. Doch erstens kommt es anders ... Ganze 0,4 Prozent waren das Ergebnis in Brunners Stammland Bayern. Damit hatte man gerade einmal das Ergebnis von 1994, gerade nach der Gründung und noch nahezu unbekannt, prozentual gehalten. Effektiv wurden mehr als 2.000 Stimmen verloren.

Noch schlimmer kam es am 27. September. Gerade einmal 0,3 Prozent bei der Bundestagswahl bedeuten, daß man trotz Dutzenden von Wahlveranstaltungen mit den Spitzenkräften Brunner und Kappel und einem enormen Materialeinsatz sogar das nötige Quorum für die Wahlkampfkostenerstattung verpaßt hat. Sogar die eher einem Medienphantom gleichende „Initiative Pro-DM“ des Multimillionärs Bolko Hoffmann, die thematisch und von der Zielgruppe her das gleiche Feld beackerte, distanzierte Brunners Mannen mehr als deutlich. Der Einbruch sowohl in das Wählerpotential der extremen Rechten als auch die Gewinnung von Unzufriedenen aus den Unionsparteien und der FDP mißlang völlig.

Selbst dem letzten kleinen Funktionär in den Reihen der sich nationalliberal nennenden Partei scheint inzwischen klar geworden zu sein, daß sich die zuweilen krampfhaft wirkenden Distanzierungsorgien der Parteispitze von den anderen Gruppierungen der extremen Rechten nicht ausgezahlt haben. Die Wählerschaft rechnet den BFB diesem Lager zu und handelt entsprechend: Wer keine Erfolgsaussichten hat, der wird nicht gewählt. Gegenüber DVU und REP ist der „Bund Freier Bürger“ somit hoffnungslos im Hintertreffen. Folgerichtig werden nunmehr Signale ausgesendet, die Heiner Kappels Aussage vom Dezember vergan-

genen Jahres bei der Gründung seiner „Offensive für Deutschland“, es werde keinerlei Kooperation mit der extremen Rechten und auch keine Aufnahmen aus dieser Richtung geben, als den Schnee von gestern erscheinen lassen. Schon Ende August hatte das rechtsextreme Theorieorgan „Nation+Europa“ bezüglich des BFB recht abschätzig geäußert: „Eine Partei, die aus Ängstlichkeit und falsch verstandener ‘Seriosität’ keine Gegenreaktionen verursachen will, geht im täglichen Mediengeschäft unter.“

Besonders Generalsekretär Heiner Kappel, der sich bereits vor Monaten mit Rolf Schlierer getroffen hatte, scheint zur gleichen Ansicht gekommen zu sein. Bereits in den vergangenen Monaten wurden unter seiner Ägide etliche frühere Funktionäre der REP aufgenommen, deren Karriere sich bruchlos in der neuen politischen Heimat fortsetzte. In der rechtsextremen „Freiheit Wattenscheid“, die ihren Sitz in der Landeszentrale der NPD hat, wurde nicht nur eine ganzseitige Anzeige des BFB geschaltet, sondern Kappel gab auch parallel ein Interview. Darin erklärte er u.a., daß seine Partei auch antrete, „um zu bekämpfen, daß sich die Antifa selbst faschistoid verhält.“ Proteste gegen solche Verbindungen kamen nicht aus seiner eigenen Partei, sondern von den „Jungen Nationaldemokraten“, die sich beim Herausgeber über die Anzeige „eines politischen Gegners“ beschwerten.

Noch deutlicher waren dann die Avancen, die Kappel gemeinsam mit Bundesvorstandsmitglied Markus Roscher in Richtung „Republikaner“ machte. Gegenüber dem Landesvorsitzenden der „Republikanischen Jugend“ Baden-Württembergs taten beide die Absicht kund, nach der Bundestagswahl Gespräche mit führenden „Republikanern“ führen zu wollen. Kappel bezeichnete es dabei als eine „Perspektive für die Zukunft“, die bisherige Konkurrenz in Kooperation umzuwandeln. Hier könnte sich eine Bruchlinie zum Parteivorsitzenden Manfred Brunner abzeichnen, der bisher stets auf peinliche Distanz zu Schlierers Partei geachtet hat. Dieser, so Brunner jüngst im Interview, sei zwar ein „absolut integrierter und qualifizierter Politiker“, doch passe er nicht zum öffentlichen Image seiner Partei, die „politisch am Ende“ sei.

Ebenso wie Kappel liegt der „Republikanischen Jugend“ besonders eine Zusammenarbeit für die Landtagswahlen in Hessen im Februar 1999 am Herzen. Einerseits konnten sich Rolf Schlierers Mannen dort bei der Bundestagswahl im Gegensatz

zu anderen Bundesländern deutlich über dem Bundesdurchschnitt behaupten, andererseits ist Hessen das Bundesland, in dem der BFB seit Jahresbeginn die stärksten Mitgliedererlöse verbuchen konnte und über durchaus vorzeigbares Personal verfügt, das teilweise sogar Parlamentserfahrung sowie einige kommunale Hochburgen im Speckgürtel um Frankfurt vorweisen kann.

Besonders an diejenigen, die realitätsblind noch immer der Ansicht sind, ein Durchbruch rechts von der Union könne erfolgreich im Alleingang bestritten werden, ist wohl ein „Offener Brief“ Kappels gerichtet, der vom September datiert. Diesen Parteifreunden und ähnlich Argumentierenden in anderen Gruppierungen schreibt er dort ins Stammbuch: „Würden ihr Abgrenzungsgeschwätz und ihre kräftigen Distanzierungsschwüre nicht so laut tönen, sie könnten das Gelächter der Linken über soviel politische Einfalt nicht überhören.“ Zwar gäbe es auch „idiotische Töne“ auf diesem politischen Flügel, doch sei das eigentliche Problem der ausschließlich persönliche Ehrgeiz mancher Funktionäre, der eine effektive Zusammenarbeit zum Schaden aller verhindere.

■ Ein „vaterländisches Bündnis“ mit der extremen Rechten ■

Es darf jedoch bezweifelt werden, daß Kappel, der augenscheinlich eine geregelte Kooperation mit den REP anstrebt, deren radikalerer Flügel um Christian Käs in absehbarer Zeit wegbrechen dürfte, so weit in seinen Bündnisabsichten gehen würde wie der Geschäftsführer des ostdeutschen „Landbundes“ und BFB-Spitzenkandidat in Sachsen, Dieter Tanneberger. Dieser hat sich laut einer Meldung der „Jungen Freiheit“ für einen „Zusammenschluß aller rechten Demokraten zu einem Bündnis gegen Links“ ausgesprochen. Das Präsidiumsmitglied des BFB will für dieses „vaterländische Bündnis“ sowohl „Republikaner“ und DSU als auch DVU und NPD gewinnen. Auf Sonderparteitagen sollten alle Parteien die Gründung einer „Patriotischen Liga“ beschließen.

Die Schelte für dieses unüberlegte Vorpreschen dürfte zwar unter Ausschluß der Öffentlichkeit intern erfolgt sein, wird jedoch an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriggelassen haben. Vermutlich wird der BFB zwar in der Zukunft von Alleingängen Abschied nehmen, jedoch sicherlich weiterhin sorgfältig darauf achten, sich von den „Schmuddelkin-

dern“ des eigenen Lagers, besonders DVU und NPD, fernzuhalten. Die REP könnten bei weiteren erfolgreichen juristischen Versuchen, ihre Einstufung durch die Behörden als rechtsextrem abzuwehren, einen Teil ihres Stigmas verlieren und somit vorzeigbarer werden.

Dies gilt in den Augen des BFB natürlich bereits heute für die österreichischen „Freiheitlichen“ Jörg Haider. Nach Aussagen von Markus Roscher soll es mit der wesentlich erfolgreicherer FPÖ eine „Listenverbindung“ bei der Europawahl 1999 geben. Bei einem Treffen mit Haider sei vereinbart worden, daß dieser im Europawahlkampf wiederum für den BFB als Redner aktiv werde. Dies war bereits 1994 der Fall gewesen. Genützt hatte es allerdings wenig.

Wenn all dies nicht greifen sollte, dann scheint der BFB - wie ein aktuelles Beispiel zeigt - auch zu unkonventionellen Maßnahmen bereit zu sein. In Frankfurt/Oder betrieb der dortige Kreisverband des BFB unter Wolfram Grünkorn bis zu den Kommunalwahlen am 27. September einen Abwahlantrag gegen den amtierenden SPD-Oberbürgermeister Pohl. In der durchaus richtigen Einschätzung, daß die eigenen organisatorischen Kräfte in Brandenburg zu schwach sind, um die nötigen Vorarbeiten erfolgreich zu erbringen, wurde nach potenten Bündnispartnern Ausschau gehalten. Gefunden wurden einige PDS-Funktionäre, denen der Oberbürgermeister ebenfalls ein Dorn im Auge ist. Ein Verbot dieser seltsamen Liaison durch die PDS-Vorstände ist nicht bekanntgeworden, obwohl man sich parteioffiziell von der Aktion distanzierte, die allerdings nach dem Stimmenverlust der PDS bei den Kommunalwahlen ohnehin ad acta gelegt wurde. Wenn in der parteinahen Tageszeitung „Neues Deutschland“ schon gestandene Rechtsextremisten wie der Chemnitzer Professor Michael Nier schreiben dürfen, dann kann man doch wohl erst recht mit respektablen „Nationalliberalen“ zusammenarbeiten. Oder?

Im Gegensatz zu Dietmar Tannebergers unüberlegtem Vorpreschen dürfte sich Generalsekretär Kappel über die Aktivitäten seines Parteifreundes Grünkorn freuen. Dies könnte nämlich auch von dem Liebeswerben um die Reste der REP ablenken. Kooperation mit zumindest einem Teil der extremen Rechten ist in der Tat der letzte Strohalm für den BFB. Ob ein solcher Strohalm allerdings tragfähig genug wird, um den finalen Untergang der Partei zumindest aufzuhalten, darf getrost bezweifelt werden.

Jean Cremet

Wahlen I

Braune gescheitert

Der NPD in Mecklenburg-Vorpommern hat ihr militantes Auftreten offensichtlich geschadet. Die DVU-Kandidaten waren in der Öffentlichkeit einfach zu peinlich.

Entgegen den Prognosen haben rechtsextreme Parteien nicht den Einzug ins Landesparlament von Mecklenburg-Vorpommern geschafft. Die DVU wurde mit 2,9 Prozent (31.228 Wählerstimmen) noch die stärkste Partei im rechten Lager und landesweit immerhin viertstärkste Kraft. Die NPD brachte es auf 1,1 Prozent (11.559 Stimmen), die „Republikaner“ verbuchten 0,5 Prozent (5.825 Wähler). Die beiden erstgenannten Parteien kommen immerhin in den Genuß einer Wahlkampfkostenersatzung. In keinem Wahlkreis konnten die Rechtsextremen die Fünf-Prozent-Hürde erreichen. DVU-Hochburgen waren die Wahlkreise Rügen I und II mit je 4,2 Prozent sowie Demmin I (ebenfalls 4,1 Prozent). Die NPD erhielt in Ostvorpommern I (2,3 Prozent) und II (2,1 Prozent) sowie Uecker-Randow I (2,4) den größten Zuspruch. Die „Republikaner“ überstiegen lediglich in drei von insgesamt 36 Wahlkreisen die Ein-Prozent-Marke: Uecker-Randow I (1,4), Stralsund II (1,3) sowie Demmin II (1,0 Prozent).

Die NPD konnte selbst mit ihrem „Bundestagszugpferd“ Manfred Roeder gerade 2,1 Prozent an Erststimmen im Wahlbezirk Stralsund/Rügen/Grimmen erzielen. An Zweitstimmen waren es sogar nur 1,5 Prozent: Die „große PR-Nummer“ erwies sich also als „lahmer, abgehalfterter Gaul“. Unter den männlichen Jung- und Erstwählern in den neuen Bundesländern war der Anteil an rechtsextremen Stimmen bei der Bundestagswahl allerdings am höchsten: Insgesamt votierte etwa jeder fünfte von ihnen für eine rechtsextreme Partei.

Die Wahl selbst verlief größtenteils ruhig. Vor den Eingängen zum Rathaus in Ribnitz-Damgarten wurden am Wahlsonntag ebenso rechtsextreme Parolen gesprüht wie vor dem Rathaus in Ludwigslust. Noch einen Tag vor der Wahl hatte die NPD zweimal auf die Straße mobilisiert: In Neustrelitz - einer der Parteihochburgen - folgten gerade einmal 60 Gleichgesinnte dem Aufruf, in Wolgast kamen immerhin rund 250 „Nationaldemokraten“ zusammen. Gerade dort richtete sich mit dem Landtagswahl-Spitzenkandidaten Torsten Kowalski aus Ro-

stock an der Spitze der Neonazi-Protest gegen den SPD-Bürgermeister Jürgen Kanehl. Dieser hatte in Interviews die Rechtsextremisten als Kriminelle bezeichnet. Seine durchaus zutreffende Titulierung der Usedomer Jung-Nazis (siehe Vorstrafenregister) brachte ihm sogar telefonische Morddrohungen. Die Polizei beschlagnahmte bei Kundgebungen in Wolgast einige Waffen, was Kanehls Einschätzung also auch bestätigt.

Das Konzept der sich martialisch nationalsozialistisch gebenden „Nationaldemokraten“ ist jedenfalls nicht aufgegangen. Anspruch des 44jährigen Thomas Salomon (regionaler Wahlkampfleiter, einst Berliner NPD-Vorstandsmitglied) und seiner Partei war, nicht nur die führende Kraft auf der Straße zu sein, sondern auch auf dem Stimmzettel. Offenbar hat auch die Großdemonstration in Rostock, am 19. September, zu der die NPD immerhin 3.500 Teilnehmer mobilisieren konnte und wobei es zu gewalttätigen Zwischenfällen kam, eher abgeschreckt als förderlich gewirkt.

Reichlich Aufklärung - besonders auch durch den DGB mit Aktionskampagnen in Berufsschulklassen - hat wohl auch dafür gesorgt, daß der Millionen-Wahlkampf von Gerhard Frey gescheitert ist. Zu peinlich waren einige TV-Auftritt der DVU-Landtagskandidaten, die für Interviews Geld verlangten oder sich verweigerten und stets auf die DVU-Bundeszentrale in München verwiesen: Kandidaten, die rhetorische Probleme haben und sich verstecken, wollte der Wähler dann doch keine landespolitische Verantwortung übertragen. Bezeichnend auch der Auftritt bzw. besser der Nichtauftritt von Parteichef Frey. Im Siegestaumel anderer Wahlkämpfe war er stets darum bemüht, noch in der Wahlnacht vor die Fernsehkameras zu treten. Diesmal ließ er sich in Schwerin verleugnen und überließ Parteisprecher Bernd Dröse das Feld.

Grund zur „Entwarnung“ bei den demokratischen Parteien im Hinblick auf den „rechten Bazillus“ besteht gerade in Mecklenburg-Vorpommern nicht. Die NPD hat über den Wahlkampf landesweit 15 Kreisverbände aufgebaut. Im Wahlkampf wurden auch 13- bis 15jährige „mißbraucht“. Das sind die Erstwähler von morgen. Und wie auch in vielen Regionen in Ostdeutschland gilt: Jugendliche werden im Jugendclub „geködert“, und wer den Diskjockeyposten „erobert“, der bestimmt, welche Musik gespielt wird und der beherrscht schnell den ganzen Jugendclub und die dortigen Besucher. Die Jugendarbeitslosigkeit tut ihr übriges - die neue Regierung in Schwerin ist also gefordert. B. Ohne

Analyse

Keine Chance den Rattenfängern

Die rechtsextremen Parteien haben ihr Wahlziel - Einzug in den Bundestag und das Schweriner Landesparlament - klar verfehlt. In einer stattlichen Anzahl von Wahlkreisen erzielten sie jedoch durchaus beachtliche Ergebnisse.

Die Deutschen haben gewählt - demokratisch. Und bei den Herren Frey, Schönhuber, Schlierer oder Voigt waren die Gesichter am Wahlabend wahrscheinlich noch länger als bei anderen Verlierern dieser Wahl. In der Tat: sie alle, die noch wenige Tage zuvor markig verkündeten, am Abend des 27. September 1998 werde eine erstarkte extreme Rechte zu den Siegern gehören, waren düpiert. Weder der massierte Einsatz von Finanzmitteln durch den DVU-Vorsitzenden Frey noch der von der NPD praktizierte militante Wahlkampfeinsatz mit Straßenterror hatten zum Erfolg geführt: mit der Erststimme wählten 2,3 Prozent REP - 0,6 Prozent mehr als 1994; die NPD brachte es auf 0,1 Prozent der Stimmen; die DVU hatte es gar nicht erst gewagt, um ihren Anführer Dr. Frey nicht zu beschädigen, überhaupt Einzelkandidaten ins Feld zu führen. Bei den Zweitstimmen waren die REP gegenüber 1994 sogar zurückgefallen (um 0,1) auf 1,8 Prozent. Die DVU brachte ganze 1,2 Prozent zusammen, die NPD 0,3 Prozent - beide waren 1994 nicht angetreten. Zusammengefaßt heißt das: nicht mehr als 2,4 Prozent der Erststimmen und 3,3 Prozent der Zweitstimmen hatten die Braunen einfahren können.

Die Republik kann sich trotzdem nicht in Ruhe wiegen. Die Sorge angesichts des spektakulären Einzugs der DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt, eine der rechtsextremen Parteien würde in den Deutschen Bundestag einziehen, erwies sich - zum Glück - als unbegründet. Das gilt insbesondere für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, wo die extreme Rechte mit besonderer Härte aufgetreten war: die DVU kam „nur“ auf 2,9 Prozent der Stimmen, die NPD auf 1,1, die REP auf 0,5 Prozent.

Ein wesentlicher Grund könnte sein: anders als im März in Magdeburg waren die demokratischen Par-

teien nicht mehr sprachlos angesichts des braunen Terrors. Die Demokraten haben sich gewehrt, die Demokratie hat sich bewährt. Das sollte erneut zum Nachdenken anregen, ob es sich eine Demokratie wirklich leisten kann, ihre Flügelparteien nur dann wahrzunehmen, wenn sie in Parlamente einzuziehen drohen. Leider hat sich, wie die Vergangenheit lehrt, die SPD nicht anders als die CDU um REP, NPD oder DVU immer nur dann nachdrücklich gekümmert, wenn Ergebnisse um die fünf Prozent gemeldet wurden. Niemand sollte sich in Ruhe wiegen, weil diese Marge diesmal - glücklicherweise wieder - nicht überschritten wurde. Dennoch: Baden-Württemberg mit 4,7 Prozent wie Berlin mit 4,9 Prozent rechtsextremer Stimmen liegen nur knapp darunter, in Brandenburg erreichen die braungefärbten Parteien 5,2 Prozent, in Sachsen, dem Reich von Kaiser Kurt gibt es sogar das Spitzenergebnis von 5,7 Prozent, in Thüringen liegen sie mit 4,5 Prozent möglicherweise nur deshalb darunter, weil die NPD die rechtzeitige Wahlanmeldung verpennt hat. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt liegen erfreulicherweise im Konzert der ostdeutschen Länder jeweils nur knapp über 4 Prozent. Daß uns eine braune Fraktion im 14. Deutschen Bundestag erspart bleibt, darüber sollte auch kein Zweifel bestehen, liegt im übrigen zum großen Teil auch daran, daß es - wiederum zum Glück - der extremen Rechten nicht gelingt, einen sie einigenden Führer zu finden. Der Ruf nach einem Le Pen macht die Zerstrittenheit der extremen Rechten deutlich.

Wenn die ostdeutschen Länder verstärkt die Rechts-extremen gewählt haben, so gereicht das dieser Republik nicht zum Trost. Die überdurchschnittlichen Ergebnisse in den Ländern Hessen (3,6 Prozent) und Baden-Württemberg (4,7 Prozent) stehen Entlastungsversuchen im Wege. Dennoch gibt die unterschiedliche Struktur der Wählerschaft der extremen Rechten Anlaß zur Sorge: im Westen waren es die gern beschworenen, angeblich unverbesserlicheren Älteren (die 1945 aber vielfach noch Windeln trugen), in Ostdeutschland sind es die Jungen, die den braunen Trommlern nachlaufen. Und daraus müssen sich unterschiedliche Strategien ergeben, um dem Phänomen Rechtsextremismus zu begegnen. Zynisch gesagt: Die Alten werden aussterben, aber um die neugewonnenen Jungen in Ostdeutschland muß man sich mehr kümmern - Lehrstellenmangel, Schließung von Jugendhäusern, Sprachlosigkeit angesichts der sog. „befreiten (dort wo die militante Rechte sich breitmachen konnte) Zonen“ sind das falsche Konzept. (khr)

Wahlen II

Einzelergebnisse

Nachfolgend die Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahl vom 27. September und die Stimmenanteile in Wahlkreisen mit besonders hoher rechtsextremer Wählerschaft:

Zweitstimmenergebnisse

Land	DVU	NPD	REP
Schlesw.Holst.	1,3	0,2	0,4
Hamburg	2,1	0,1	0,6
Niedersachsen	0,6	0,1	0,9
Bremen	1,6	0,3	0,7
NRW	0,9	0,1	1,0
Hessen	1,0	0,3	2,3
Rh.Pfalz	0,7	0,2	2,1
Baden-W.	0,6	0,1	4,0
Bayern	0,6	0,1	2,6
Saarland	0,9	0,3	1,2
Berlin	2,1	0,4	2,4
Mecklenb.	2,7	1,0	0,6
Brandenb.	2,7	0,8	1,7
Sachs.-Anh.	3,2	0,3	0,6
Thüringen	2,9	-	1,6
Sachsen	2,6	1,2	1,9
Bundesgeb.	1,2	0,3	1,8

Überdurchschnittliche Stimmenanteile erzielten die extremen Rechten in folgenden Wahlkreisen; aufgeschlüsselt nach Bundesländern (bei REP die Vergleichszahlen von 1994):

Hamburg: DVU 2,3% (Mitte), 1,7% (Altona), 1,5% (Eimsbüttel), 1,3% (Nord), 2,4 (Wandsbek), 3,1% (Bergedorf), 2,8% (Harburg).

Bremen: DVU 1,5% (Bremen-West), 2,3% (Bremerhaven).

Nordrhein-Westfalen: REP: 2,1 % (Hagen; 2,2), 2,2 % (Herne-Bochum III; 2,2),), 2,5 % (Märkischer Kreis I; 2,2), 2,1 % (Märkischer Kreis II; 2,2).

Hessen: REP 2,6% (Schwalm-Eder; 2,1), 3,0% (Marburg; 2,7), 2,9 % (Lahn-Dill; 2,6), 2,7% (Gießen; 2,8), 3,2% (Fulda; 2,8), 2,1% (Rheingau-Taunus-Limberg; 2,0), 3,2% (Wiesbaden; 2,9), 3,4% (Hanau; 3,1), 2,5 (Frankfurt I; 3,0), 2,0 (Frankfurt II; 2,5), 2,2 (Frankfurt III; 2,6), 2,5 (Groß-Gerau; 2,3), 2,7% (Offenbach; 2,8), 2,3% (Odenwald; 2,3), 2,8% (Bergstraße; -,).

Rheinland-Pfalz: REP 2,2% (Mainz; 2,9), 2,6% (Worms; 2,8), 3,2% (Frankenthal; 2,8), 3,8% (Ludwigshafen; 3,2), 3,1% (Neustadt-Speyer; 2,7), 3,6% (Kaiserslautern; 2,9), 3,1 (Pirmasens; 2,6), 3,5 (Südpfalz; 2,4).

Baden-Württemberg: REP: Bestes Ergebnis mit 7,0% (3,4) in Biberach; Anteile über der 5%-Marke in: Nürtingen (5,2%; 3,5), Göppingen (5,2%; 3,9), Neckar-Zaber (5,5%; 4,0), Heilbronn (6,4%; 4,4), Schwäbisch-Hall (6,3%; 3,7), Backnang/Schwäbisch-Gmünd (6,1%, 4,2), Aalen-Heidenheim (5,3%, 3,6), Zollernalb-Sigmaringen (5,4%; 3,4). Weitere hohe REP-Ergebnisse: 4,5% (Stuttgart II; 4,2), 4,0% (Böblingen; 3,2), 4,4% (Esslingen; 3,1), 4,8% (Waiblingen; 3,7), 4,4% (Ludwigsburg; 3,5), 3,7% (Karlsruhe-Land; 2,9), 2,9% (Rastatt; 2,8), 3,0% (Mannheim I; 3,7), 3,8% (Odenwald-Tauber; 3,1), 3,2% (Rhein-Neckar; 2,8), 4,0 (Pforzheim; 4,4), 4,5% (Calw; 3,4), 2,9 (Lörrach-Müllheim; 2,1), 2,7% (Emmendingen-Lahr; 2,1), 3,2 (Offenburg; 2,6), 3,4% (Rottweil-Tuttlingen; 2,8), 3,1% (Schwarzwald-Baar; 2,7), 3,3% (Waldshut; 2,2); 4,7% (Reutlingen; 3,4), 4,8% (Tübingen; 3,3), 4,2% (Ulm; 2,8), 3,5% (Ravensburg; 2,6).

Bayern: REP: 2,7% (Altötting; 2,9), 3,0% (Freising; 3,2), 3,6% (Rosenheim; 4,2), 2,7% (Traunstein; 2,9), 3,4% (Deggendorf; 3,8), 3,2% (Passau; 2,9), 3,0% (Rottal-Inn; 3,7), 3,2% (Straubing; 3,9), 3,1% (Bamberg; 2,9), 2,5% (Hof; 2,3), 2,5% (Fürth; 3,1), 3,0% (Aschaffenburg; 3,0), 3,7% (Bad-Kissingen; 2,3), 2,8% (Main-Spessart; 2,5), 4,1% (Schweinfurt; 2,8), 3,5% (Würzburg; 2,2), 3,1% (Augsburg-Stadt; 4,2), 3,3% (Augsburg-Land 3,3), 4,0% (Donau-Ries; 3,4), 4,2% (Neu-Ulm; 3,1), 3,1% (Oberallgäu; 2,5), 3,1% (Ostallgäu; 2,8).

Berlin: Mitte/Prenzlauer Berg: REP 2,2% (1,5), DVU 2,0%; Tiergarten/Wedding/Nord-Charlottenburg: REP 3,5% (2,8), DVU 2,0%; Spandau: REP 2,4 % (2,0), DVU 2,0%; Tempelhof: REP 2,5% (1,8), DVU 1,8%; Neukölln: REP 3,0% (2,7), DVU 2,4%; Friedrichshain-Lichtenberg: REP 2,3% (1,6), DVU 2,8%; Köpenick-Treptow REP 2,5% (1,6), DVU 2,9%, Hellersdorf/Marzahn: REP 3,0% (2,0), DVU 3,3%, NPD 1,4%; Hohenschönhausen/Pankow: REP 3,1% (1,7), DVU 2,9%.

Mecklenburg-Vorpommern: DVU 2,9% (Wismar/Gadebusch), DVU 2,2% (Schwerin), DVU 2,9% (Güstrow), DVU 2,6%, NPD 1,0% (Rostock-Land), DVU 3,2%, NPD 1,5% (Stralsund), DVU 3,2%, NPD 1,3 (Greifswald/Wolgast), DVU 2,7% (Neubrandenburg), DVU 3,3% (Neustrelitz).

Brandenburg: DVU 2,3%, NPD 1,0% (Neuruppin), DVU 1,9%, NPD 1,4% (Prenzlau), DVU 2,7%, REP 2,3% (Oranienburg), DVU 2,7%, REP 2,1% (Eberswalde), DVU 2,5% (Brandenburg), DVU 1,9% (Potsdam), DVU 3,8% (Fürstenwalde), DVU 3,0% (Luckenwalde), DVU 2,3%, NPD 1,3% (Frankfurt/Oder), DVU 2,4% (Cottbus), DVU 3,0%, REP 2,1% (Senftenberg), DVU 4,0% (Bad Liebenwerda).

Sachsen-Anhalt: DVU: 3,2% (Altmark), 3,0% (Elbe-Havel-Gebiet), 3,1% (Harz), 2,6% (Magdeburg), 3,1% (Magdeburg-Schönebeck), 3,7% (Wittenberg), 3,6% (Dessau/Bitterfeld), 3,2% (Bernburg/Aschersleben), 2,6% (Halle-Altstadt), 3,4% (Halle-Neustadt), 3,3% (Merseburg), 3,4% (Zeitz).

Thüringen: DVU: 3,4% (Eisleben), 3,1% (Nordhausen), 2,7% (Eisenach), 2,7% (Sömmerda), 3,3% (Gotha); DVU 2,6%, REP 2,0% (Jena), DVU 2,8% (Gera), DVU 3,2%, REP 2,5% (Altenburg); DVU 3,1%, REP 2,3% (Saalfeld); DVU 3,0% (Meiningen), DVU 3,2% (Suhl)

Sachsen: DVU 2,2%, REP 2,4%, NPD 1,8% (Deltitzsch); DVU 1,7% (Leipzig I), DVU 1,7% (Leipzig II), DVU 2,3% (Leipzig-Land); DVU 2,1%, REP 2,4%, NPD 1,5% (Döbeln); DVU 2,5%, REP 1,9%, NPD 1,9% (Meißen), DVU 3,2%, REP 2,1%, NPD 1,2% (Hoyerswerda), DVU 3,0%, NPD 1,8% (Görlitz), DVU 4,8%, NPD 1,4% (Bautzen), DVU 3,0%, NPD 2,7% (Pirna); DVU 2,0% (Dresden I), 2,1 (Dresden II), DVU 3,3%, REP 2,3%, NPD 1,1% (Dresden-Land); DVU 3,1%, REP 2,6%, NPD 1,1% (Freiberg); DVU 2,5%, REP 2,5% (Glauchau), DVU 2,0%, REP 2,2% (Chemnitz I), DVU 2,0%, REP 2,3% (Chemnitz II), DVU 2,4%, REP 2,4%, NPD 1,0% (Annaberg), DVU 3,1%, REP 2,1%, NPD 1,0% (Aue), DVU 3,5%, NPD 1,0% (Zwickau), DVU 2,1%, REP 2,7%, NPD 1,3% (Reichenbach).

Zusammengerechnet erzielten REP, DVU und NPD in drei baden-württembergischen, in zwei Berliner und fünf sächsischen Wahlkreisen Ergebnisse um die sieben Prozent: Schwäbisch Hall (7,3%), Backnang (6,7%), Biberach (7,6%), Berlin-Marzahn (7,7%), Berlin-Hohenschönhausen (6,7%), Hoyerswerda (6,5%), Bautzen-Löbtau (7,6%), Pirna (7,1%), Dresden-Land-Freital (6,7%), Freiberg (6,8%).

Erfolglos blieben „Bund Freier Bürger“ mit 0,2% (121.220 Zweit- und kurioserweise 134.693 Erststimmen), das rechtsextreme „Bündnis für Deutschland“ mit 6.226 Stimmen und die obskure „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ mit 9.682 Zweit- sowie 10.243 Erststimmen.

Ausland

Triumph für Le Pen

Auf dem Parteifest des „Front National“ demonstrierte der Vorsitzende seine wiedergewonnene Autorität - zu Lasten seines Widersachers Mégret. Veranstaltungsgast war auch Franz Schönhuber.

„Lepenistischer Obdachloser. Können Sie mir 5 Franc / 10 Franc / 20 Franc geben?“, hat der heruntergekommen aussehende Mann auf sein Schild geschrieben, das er den Besuchern des BBR-Fests (für die französischen Nationalfarben „Bleu, Blanc, Rouge“) entgegenhält, die sich jedoch durch das politische Bekenntnis nicht zu einer milden Gabe veranlaßt sehen. Der Eingang zu dem seit 1981 jährlich stattfindenden Fest des rechtsextremen „Front National“ (FN) ist, wie immer, von mehreren Reihen uniformierter Privatpolizei der Partei (DPS, für „Abteilung Schutz und Sicherheit“) bewacht. Für umgerechnet 20 Mark passieren um die 50.000 Besucher an dem Wochenende vom 19. zum 20. September die Pforten des Parkgeländes Pelouse de Reuilly. Die meisten sind gutgekleidet, alle Altersgruppen sichtbar vertreten, auch wenn die höheren Semester leicht in der Überzahl sind.

Im Inneren des BBR-Geländes findet man, wie üblich, die Stände und Zelte der diversen Satellitenorganisationen, mit deren Hilfe die rechtsextreme Partei auf eine Vielzahl gesellschaftlicher Widerspruchsfelder vordringen will: der (Klein-)Unternehmerverband FNMLE ebenso wie die Armenhilfsorganisationen „Fraternité française“ (Französische Brüderlichkeit) oder „Entraide Nationale“ (Gegenseitige Hilfe der Nationalen), deren Tätigkeit an jene des NS-Winterhilfswerks erinnert; einige Schicksalsgenossen des Obdachlosen vom Eingang verkaufen die gleichnamige Zeitung „Entraide Nationale“ an die Festbesucher. Die Zahl der in den letzten Jahren vom „Front National“ gegründeten eigenen Gewerkschaften hat unterdessen gegenüber den letzten BBR-Festen deutlich abgenommen, da die meisten von ihnen, infolge der starken (juristischen wie politischen) Gegenoffensive der existierenden Gewerkschaftsorganisationen, durch die Justiz verboten worden sind. Lediglich die Lehrerorganisation „Bewegung für ein nationales Bildungswesen“ findet man noch, sowie einen „Verein der Freunde des FNP“, der augenscheinlich den - kümmerlichen - Rest der verbo-

tenen Polizeigewerkschaft FNP („Front National Police“) bildet. Die große „Offensive auf dem sozialen Terrain“, die der FN vor zwei bis drei Jahren begonnen hatte und die damals von sich reden machte, ist derzeit einem stärkeren Rückbezug auf klassische politische Themen der Partei wie „Immigration“ und Antikommunismus gewichen.

Allerlei erbauliche Literatur, die auf dem Fest zum Kauf angeboten wird, erlaubt es, sich ideologisch zu „bilden“. Beispielsweise am Stand einer „Fédération Nationale-Catholique“, in deren Schriften man etwa über „Freimaurertum, Mythen und Realitäten“ aufgeklärt wird. In einer Broschüre findet sich ein „Portrait eines Nationalisten: Edouard Drumont“, das in die Ideenwelt des Begründers des modernen französischen Antisemitismus - Autor von „La France juive“ (1886) - eintaucht. Die Theorie von der jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung hat in den Reihen dieser politischen Bewegung ganz offensichtlich nichts von ihrer Anziehungskraft eingebüßt. Im Gegensatz zu diesen Pétain-Freunden nichts mit dem Katholizismus am Hut hat hingegen Pierre Vial, der neu-heidnische Rassenideologe des FN. Vial ist Professor an der Universität Lyon, wo er sich mit dem „Indogermanentum“ beschäftigt, sowie seit diesem Jahr Vizepräsident der Kulturkommission des Lyoner Regionalparlaments. Am Stand seiner Vereinigung „Terre et Peuple“ („Volk und Erde“, was nicht zufällig nach „Blut und Boden“ klingt) kann man sich zu Wanderungen zu keltischen oder germanischen Kultstätten in Frankreich einladen lassen oder Schrifttum über Vials großes Vorbild „Saint Loup“ alias Marc Augier - ein französischer Waffen SS-Freiwilliger, der später zum Ideologen avancierte - erwerben. Wer etwas gegen die lästigen Antifaschisten tun möchte, kann wiederum an einem anderen Stand ein Buch „Ras Le front (Anm.: so heißt eine landesweit aktive Vereinigung) - Anatomie einer antifaschistischen Bewegung“ erstehen, in dem auf 174 Seiten fein säuberlich Namen, Aktivitäten und Geburtsdaten mehrerer hundert Anti-FN-Aktivistinnen sowie Verbindungen zwischen Gruppen im linken Spektrum aufgelistet sind. Ganz offenkundig haben die französischen Rechtsextremen seit Jahren massenhaft Daten über ihre Gegner gesammelt und gespeichert.

Nicht offen ausgetragen wurde auf dem Festival die im Sommer ausgebrochene Rivalität zwischen Parteichef Le Pen und dem Chefideologen Bruno Mégret (vgl. BNR 18/98). Dieser Streit, so sah es jedenfalls an dem Wochenende aus, dürfte definitiv

entschieden worden sein. Mégret scheint eine klare Niederlage eingesteckt zu haben, und Le Pen seine wiedergewonnene Autorität zu bestätigen. Im politischen Teil des Veranstaltungsprogramms ist Mégret gegenüber den Vorjahren deutlich zurückgestuft worden. Während auf früheren BBR-Veranstaltungen jeweils an beiden Tagen des Wochenendes politische „Foren“ mit führenden Köpfen des FN, wie Mégret, stattfanden und an herausgehobener Stelle angekündigt waren, wurden in diesem Jahr die Debattenforen auf ein fünfstündiges „politisches Forum“ am Sonntag und ohne Namensnennung verkürzt. Tatsächlich hatte Mégret am Sonntagnachmittag noch seinen Auftritt, anlässlich dessen er sein neues Buch über das „Europa der Nationen“ vorstellen durfte. Das allgemeine „Resümee“ in der letzten Stunde blieb jedoch Serge Martinez vorbehalten, dem „Beauftragten für große Demonstrationen“. Martinez - als eingefleischter Gegner von Mégret bekannt - nutzte den Anlaß, um zu erinnern, daß für „Streber und Karrieristen“ der FN ein schlechter Platz sei - womit nur Mégret gemeint sein kann, der Absolvent zweier Elitehochschulen ist und vor seinem Übertritt zum FN eine Karriere in Ministerien und im RPR-Apparat durchlaufen hatte. Mégret wurde dennoch von den Mitgliedern stark applaudiert. Der Griff nach der innerparteilichen Macht dürfte ihm jedoch vorläufig ausgetrieben sein, womit eventuelle Annäherungen zwischen dem FN und Teilen der konservativen Rechten vorerst blockiert sind.

Schließlich der Auftritt Le Pens: Zu den Klängen von „Conquest of Paradis“ (von Vangelis), dann des „Sklavenchors“ von Nabucco schreitet er zum Abschluß durch ein langes Spalier des Sicherheitsdienstes auf die Riesentribüne. Die ausführliche Beschreibung der Weltlage durch Le Pen ähnelt dem, was man schon kennt: die schwächlichen Regierenden vermögen es nicht, Frankreichs Armee auf die weltweiten militärischen Herausforderungen vorzubereiten; die Immigrationsflut ist ungebrochen; die Republik ist über und über korrupt. Wegen Gewalttätigkeit gegen eine sozialistische Politikerin im vergangenen Jahr wurde er nur verurteilt, weil „die linke Richtergewerkschaft Syndicat de la Magistrature und die Freimaurerloge Grand Orient de France die Justiz im Griff halten“. Sollte das Gericht im derzeit laufenden Berufungsverfahren jetzt Ende Oktober den Entzug des passiven Wahlrechts des FN-Vorsitzenden für zwei Jahre bestätigen, so wird sich Le Pen höchstwahrscheinlich durch seine Gattin Jany doubeln lassen

Bernhard Schmid

Grauzone

Dubioser Wahlhelfer

An einer CDU-Wahlkampfanzeige hat ein Journalist mitgewirkt, der auch für die rechtsextreme Presse zur Feder greift.

Eine Anzeigenkampagne der CDU für den Bundestagswahlkampf in BILD hatte das sozialdemokratische Spitzenduo Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder im Visier. Dies sei ein „Bündnis gegen Arbeit“, denn „Arbeit“, so hieß es von der Union in den Anzeigen, „schafft man nicht mit links“.

Verantwortet wurde die Anzeigenserie, die pro Folge DM 40.000 kostete, von dem früheren Bild-Chefredakteur Hans-Hermann Tiedje, der als Wahlkampfberater von Helmut Kohl tätig war. Geholfen hat dem Medienmanager Tiedje bei der Kampagne neben anderen auch der Journalist Reginald Rudolf, wie die „Süddeutsche Zeitung“ am 21. August berichtete.

Rudolf ist Herausgeber des Medien-Hintergrunddienstes „rundy“, in dem beispielsweise „Zeit“ und „Stern“ als „Antifa-Kampfgefährten“ diffamiert werden. Beliebtes Feindobjekt von „rundy“ sind regelmäßig ARD und ZDF, denen Rudolf ein baldiges Ende wünscht: „Daß damit auch die politischen Hochsitze von SPD, Grünen und PDS-Sympathisanten in Tagesschau, Tagesthemen, Panorama, Monitor, SWF-Report verloren gehen, ist ein angenehmer Nebeneffekt, der immer entsteht, wenn Ideologen das Geld anderer ausgeht.“

In einschlägigen Kreisen ist Rudolf, ehemals SED-Funktionär und Dozent für marxistische Ästhetik in der DDR, auch als Buchautor von Werken wie „Nie wieder links“ oder „die vierte Gewalt - das linke Medienkartell“ bekannt. Bücher, in denen, wie die rechtsextreme Presse bejubelt, „die Schleimerei der Union bei der Jagd nach zeitgeistkonformen Themen gegeißelt“ wird.

Gerngesehener Autor und Interviewpartner ist Rudolf in der „Jungen Freiheit“. Dort macht er mit Artikeln wie „Keine Angst vor Leo Kirch“ auf sich aufmerksam. Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge trägt die JF „zu einer Relativierung und Verharmlosung rechtsextremistischer Positionen bei.“ Zur Feder greift Rudolf auch für die österreichische JF-Variante „Zur Zeit“. Chefre-

dakteur der Wochenzeitung ist Andreas Mölzer, der ehemalige Chefideologe Jörg Haiders.

Prozentual beteiligt am Projekt „Zur Zeit“ ist der rechtslastige „Stocker-Verlag“ aus Graz, bei dem ultrarechte Autoren seit Jahrzehnten eine politisch-publizistische Heimat finden können. Bücher wie „Rudolf Heß - ein gescheiterter Friedensbote“ oder „Adolf Hitler - mein Jugendfreund“ sprechen eine deutliche Sprache. In diesem Jahr hat der Stocker-Verlag ein Buch verlegt, in dem laut Titel „Renegaten der Linken und allerlei Querdenker berichten“, darunter auch Rudolf.

In seinem Beitrag „Der Marx ist nicht bewohnt“ outet sich Rudolf als notorischer Hasser der „Grünen“. Er wirft der Öko-Partei vor, daß es ihr „keineswegs um den Erhalt des Lebens auf diesem Planet geht, sondern ausschließlich um die zwanghafte Beglückung mit einer Ideologie, die den Schutz der angeblich bedrohten Umwelt lediglich zum Vorwand für ebenso zwanghafte wie erzwungene Gesellschaftsveränderungen nimmt und nahezu alle Werte der modernen Demokratie in Frage stellt respektive mehr oder weniger abschaffen will.“ Rudolf beklagt insbesondere, daß „Die Grünen“ sowohl „dem Bürger die automobilen Freiheit ebenso beschneiden“, als auch die „energetische Geschäftsgrundlage“ der Demokratie, „eben die Kernkraft“, wegnehmen wollten.

Unterzeichnet hat Rudolf ebenso den von neurechten Publizisten initiierten Aufruf „8. Mai 1945 - Gegen das Vergessen“. Beklagt wird darin, daß der 8. Mai von den Medien und Politikern „einseitig als >Befreiung< charakterisiert“ wird. Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes wurde der Appell und die „nachfolgende öffentliche Diskussion ... im gesamten rechtsextremistischen Spektrum als großer Erfolg bewertet.

Auch auf der 2. Kultur-Konservativen Messe 1997 unter dem Motto „Wege in die Zukunft: Aus konservativer Werterneuerung zu gesellschaftlicher Erneuerung“ in Bad Hersfeld war Rudolf als Referent vertreten. Anwesend waren 37 Aussteller, die dem Grauzonengeflecht zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus zuzurechnen sind; darunter die ewiggestrige „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände e.V.“, das deutschnationale „Studienzentrum Weikersheim“ und die von rechtsaußen agierende Psycho-Sekte „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenerkenntnis“. Anton Maerle

NS-Vergangenheit**Mißbrauchte Hilfe**

Anwälte von NS-Opfern geraten wegen überzogener Forderungen ins Zwielicht. Langwierige Prozesse sind für die hochbetagten Überlebenden sinnlos.

Ein halbes Jahrhundert lang wurde ihnen jedwede Hilfe verweigert. Dann, binnen weniger Jahre, wendete sich das Blatt, und nun, gegen Ende ihres Lebens, rückt eine kleine Entschädigung doch noch in greifbare Nähe. Es geht um die etwa 7,5 Millionen Zwangsarbeiter, die während des Zweiten Weltkrieges von deutschen Unternehmen ausgebeutet worden sind und nur in den wenigsten Fällen dafür „Wiedergutmachung“ erhalten haben. Die wenigen Ausnahmen, das waren Zwangsarbeiter in großen deutschen Rüstungskonzernen. Diese Konzerne wollten am Koreakrieg (1950 bis 1953) verdienen, kamen mit den USA aber nur ins Rüstungsgeschäft, wenn sie vorher an frühere jüdische Zwangsarbeiter gezahlt hatten. Danach setzte das große Schweigen ein. Das dauerte bis Mitte der 90er Jahre. Dann brachen endlich die Dämme. Lügegebäude gerieten ins Wanken, nachdem die gigantischen Goldgeschäfte besonders der Schweiz mit den Nazis bekannt geworden waren.

Eigenes Interesse der Firmen

Nach langem Zögern boten die drei größten Schweizer Banken Holocaustüberlebenden erhebliche Summen an, um nicht mit Sammelklagen überzogen zu werden. Als nächste gerieten Versicherungskonzerne ins Visier, weil sie sich nach der Shoa geweigert hatten, Überlebenden und deren Erben die Versicherungssummen auszuzahlen. Nach dem Vorbild der Banken gab es plötzlich auch von Versicherungen Angebote, angeführt vom italienischen Giganten „Generali“ in Triest.

Unterdessen begannen sich auch die etwa 500 000 noch lebenden Zwangsarbeiter zu organisieren und Entschädigung einzuklagen. Hier setzte sich VW an die Spitze der Konzerne und richtete einen mit 20 Millionen Mark ausgestatteten Fonds ein. BMW und Siemens zogen nach, um nicht in den USA unter Sammelklage gestellt zu werden. Das würde nämlich diese weltweit arbeitenden Unternehmen teurer kommen als einige Millionen Mark. Es be-

durfte also immer erst massiven Drucks, um etwas für die Opfer zu erreichen, wobei jeder Tag für die früheren Täter arbeitet. Die Opfer sind nämlich sehr alt. Deshalb ist Eile geboten. Weder „Generali“ noch Banken, VW, Siemens, BMW oder andere Firmen sind Wohlfahrtseinrichtungen. Wenn sie jetzt von sich aus Angebote machen, wollen sie möglichst rasch aus der Schußlinie herauskommen.

Dieser Druck bringt jedoch auch Vorteile für die Opfer, weil sie über Fonds schneller entschädigt werden als durch Gerichtsverfahren, die Jahre in Anspruch nehmen können. „Generali“ hat sein Angebot, 180 Millionen Mark zu zahlen, soeben eingefroren, bleibt aber verhandlungsbereit. Eine Voraussetzung für den 180-Millionen-Fonds lautete nämlich, die juristischen Klagen zurückzuziehen. Das war bis zum vereinbarten Termin nicht geschehen.

■ **„Spiel mit dem Leiden der Menschen“** ■

Was bisher oft nur hinter vorgehaltener Hand gemunkelt worden war, wird seitdem offen diskutiert. Als erster warnte der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, vor überzogenen Honorarforderungen einiger amerikanischer Rechtsanwälte. Ohne Zweifel hätten weder die Banken noch die Versicherungen oder die Konzerne von sich aus klein beigegeben. Die Anwälte haben mit Klagen gedroht. Erst das wirkte. Wenn nun aber „Generali“ die Verhandlungen „unterbrochen“ hat, muß gefragt werden, was hinter dieser Entwicklung steckt. Die Opfer und die Öffentlichkeit haben Anspruch auf Information. Sie sollten dem Thema nicht mehr ausweichen.

Es sind vor allem zwei Anwälte, die sich bisher verdient gemacht haben: Edward Fagan in Washington und Michael Wittl in München. Sie agieren jetzt aber offenbar gegen solche Fonds und geraten damit selbst in die Kritik. Abraham Foxman, Vorsitzender der renommierten jüdischen Antidiffamierungsliga in den USA, formulierte: „So mancher spielt da mit Menschen, spielt mit dem Leiden.“

Anwalt Mel Weiss, der in den USA die Sammelklage gegen VW eingereicht hat, sagte jetzt nach Presseberichten über Fagan: „Ich halte ihn für verantwortungslos.“ Fagan verärgere die Verhandlungspartner. „Er hat unsere Toleranzgrenze jetzt wirklich überschritten.“ Das angesehene „Wall Stre-

et Journal“ schrieb am 2. September, Fagan sei als „Ambulanzenjäger“ verschrien. Hintergrund dieser Vorwürfe sind die Honorare Fagans. Im Streit mit den Schweizer Banken soll er 20 Prozent der Schadenssumme verlangen. Das wäre bei 1,25 Milliarden Dollar ein Honorar von 250 Millionen US-Dollar. US-Kollegen Fagans bieten den Holocaustopfern ihre Hilfe demgegenüber oft „pra bono“ an, also umsonst.

Michael Witt in München hat nach dem Angebot von Siemens in Höhe von 20 Millionen Mark erklärt, die Klage in den USA werde weitergeführt. Doch Siemens hatte zu dem 20-Millionen-Mark-Angebot mitgeteilt: „Wir sind auch bereit, das Geld aufzustocken, falls es nicht reichen sollte.“

Die Anwälte der Opfer müssen darauf achten, daß sie ihre Grenzen nicht überschreiten. In erster Linie geht es darum, den hochbetagten Opfern sehr schnell zu helfen. Langwierige Prozesse liegen nicht in ihrem Interesse. Einige Anwälte wandeln auf schmalen Grat. Heiner Lichtenstein



Seitenblick

Friedrich? Wilhelm?

Trickreiche „Umwidmung“ in Hamburg-Nord: Die Weygandtstraße behält ihren Namen, aber daß sie nach Friedrich anstatt Wilhelm Weygandt benannt wird, bleibt verborgen.

Die Posse hat einen ernsten Hintergrund. Anfang der 60er Jahre wurden in Hamburg-Langenhorn 14 Straßen nach Medizinern benannt. Die meisten arbeiteten und lehrten am dort gelegenen Staatskrankenhaus Friedrichsberg, das seit Beginn des Jahrhunderts eine der führenden psychiatrischen Anstalten des Reiches war. Bei der Namensgebung vergaßen die Behörden aber offenbar, die Biographien der Geehrten zu überprüfen. Das Versäumnis mußte bereits 1997 in einem Fall korrigiert werden. Eine Anwohnerinitiative setzte durch, daß der Peter-Mühlens-Weg nach der Widerständlerin Agnes Gierck benannt wurde. Mühlens war an Menschenversuchen mit KZ-Häftlingen und psychisch Kranken mit Todesfolge beteiligt.

Aber auch über den Psychiater Dr. Wilhelm Weygandt lag belastendes Material vor. 1996 hatte die

Studentin Elisabeth Weber-Jasper eine Doktorarbeit („Psychiatrie zwischen erkenntnistheoretischem Idealismus und Rassenhygiene“, Matthiesen-Verlag, Husum) über den langjährigen Leiter der Langenhorn Anstalt verfaßt. Die Schrift belegt, daß der Nervenarzt ein Pionier der erbhygienisch denkenden Psychiatrie war. Die Medizin-Historikerin schreibt, daß „Weygandt schon sehr früh für eine radikale Durchsetzung eugenischer und rassehygienischer Ziele eingetreten ist“ und in seinen Forderungen weiter als mancher nationalsozialistischer Rassehygieniker gegangen sei.

Die wissenschaftliche Untersuchung überzeugte die Mehrheit der 300 Anwohner und alle im Ortsausschuß Fuhlsbüttel vertretenen Fraktionen davon, daß der Hamburger NS-Eugeniker Dr. Wilhelm Weygandt kein würdiger Namenspatron ist. Das war aber schon das Ende aller Gemeinsamkeiten: Die Grünen scheiterten mit ihrer Forderung, die Straße nach der aus Langenhorn stammenden Lehrerin Anita Sellenschloh umzubenennen, weil der Koalitionspartner SPD auf Tauchstation ging und sich im Ausschuß der Stimme enthielt.

So konnte sich jetzt die CDU mit ihrem „pragmatischen“ und „kostensparenden“ Vorschlag durchsetzen, die Straße „umzuwidmen“. Als neuer Namenspatron soll fortan nicht Wilhelm, sondern Friedrich Weygandt herhalten. Der in Miltenberg bei Mainz geborene Amtmann und Reformator hat zwar sowenig mit der Hansestadt zu tun wie Attila der Hunnenkönig, werde aber „genauso geschrieben“, freute sich Herwart Wiederhold, CDU-Fraktionschef im Ortsausschuß. Sein Parteikollege Gebhard Kraft sprach flankierend von einer „salomonischen Regelung“ und würdigte den Zeitgenossen Luthers als „Vorkämpfer der deutschen Demokratie“. Ein Blick in die Brockhaus-Enzyklopädie, so wird gemunkelt, soll Weygandt II herbeigezaubert haben. Die ganze Sache hat aber einen Haken: Der Betrachter des Straßenschildes wird nach der „Umwidmung“ nicht wissen, welcher Weygandt gemeint ist. Weiß auf blau wird dort nur der Nach-Namenszug „Weygandtstraße“ prangen - wie bisher also.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bezirk Nord, Wolfgang Guhle, warf der CDU vor, sie wolle mit ihrem Vorgehen die jüngste deutsche Vergangenheit kaschieren: „Der Name Friedrich Weygandt wird mißbraucht, um Wilhelm Weygandt zu kaschieren“. Das letzte Wort hat jetzt das Senatsamt für Bezirksangelegenheiten, das die billige „Umwidmung“ noch bestätigen muß. Zwei neue Straßenschilder kosten übrigens 400 Mark.

Volker Stahl

Bücherschau

Braune Verbrechen

Laura Benedicts Buch über Diesner und die rechts-extreme Szene ist in mehrfacher Hinsicht instruktiv. Erstens werden darin die Kapitalverbrechen des heute 22jährigen Mannes vom „Weißen Arischen Widerstand“ im Februar 1997 - Mordversuche an dem der PDS angehörenden Buchhändler Klaus Baltruschat sowie dem Polizisten Stefan Kussauer und Mord an dessen Kameraden Stefan Grage - detaillierter als anderswo dargestellt. Zweitens und vor allem geht die Autorin auch auf Diesners neonazistisches Umfeld und dessen Entwicklung seit 1990 ein. Sie würdigt u. a. die Ostgründung „Nationale Alternative“, die Aktivitäten der Gruppe um Arnulf-Winfried Priem und das Rechtsbündnis „Die Nationalen“ und stellt klar, daß und wie die neonazistische Szene, durch die Organisationsverbote von 1992-1994 mitbedingt, mittels Dezentralisierung ihr Aussehen verändert hat. Dabei wird deutlich, daß die unterdes gebildeten regionalen „Kameradschaften“ für Behörden kaum greifbar, zugleich aber eng miteinander vernetzt und einzeln wie gemeinsam einsatzfähig sind. Die Rechtsextremen haben ihren Einfluß auf große Teile der Jugend erhöht, wobei sie die regierungsseitig mitverursachte soziale Misere vornehmlich im Osten nutzen konnten. Einen Höhepunkt der Gewaltentwicklung, die ausländerfeindlichen Brandnächte 1992, hat die Autorin nicht gewürdigt. Gleichwohl entwirft sie ein überzeugendes und Besorgnis erregendes Gesamtbild. Zu den pikantesten hier mitgeteilten Details gehört, daß Diesners zeitweiliger Führer A.-W. Priem seinerseits im eigenen Vater das Vorbild sieht. Dieser war nicht nur Rottenführer bei der SS-Panzerdivision „Das Reich“, er zählte später auch zu den Informellen Mitarbeitern der DDR-Staatssicherheit, Referat Terrorabwehr/Rechtsextremismus, und durfte oft nach Westen reisen, unter anderem zum dorthin übersiedelten hoffnungsvollen Sohn. (S. 94)

Das Buch ist auch durch die Schilderung dessen bemerkenswert, was die Berliner Kripo nach dem Anschlag auf Baltruschat ermittelt und vor allem fehlermittelt hat, so einen falschen kriminellen Hintergrund des Opfers. Gleichzeitig war sie nicht willens oder imstande, die Umgebung des Tatorts zu untersuchen. Sonst wäre sie auf die von Diesner genutzte Wohnung und damals auch auf ihn selbst gestoßen. Beide waren dem Berliner Staats-

schutz seit langem bekannt. Dem Landeskriminalamt wirft Benedict daher vor, an Mord und Mordversuch im Fall der beiden Polizisten vier Tage später in bestimmten Maße mitschuldig zu sein. (S. 233)

Beim Verfahren vor dem Lübecker Landgericht spielte, wie im Buch dargelegt, erneut die bekannte These vom „Einzeltäter“ eine Rolle. Bemühungen Baltruschats und seines Anwalts um den Nachweis, daß Diesner Teil der militanten Neonazisszene ist, wurden vom Tribunal in seinem Urteil ignoriert. Immerhin kam es darin jedoch am 1.12.1997 zu der Ansicht, der Täter habe besonders schwere Schuld auf sich geladen, was bedeutet, daß er nicht etwa nach 15 Jahren freikäme. Der Bundesgerichtshof hob indessen am 24. Juni 1998 das Urteil insofern auf, als im Falle Baltruschat möglicherweise nur schwere Körperverletzung verübt worden sei; denn Diesner habe lediglich zweimal geschossen statt, wie er gekonnt hätte, dreimal. Ergo müsse auch die Schwere seiner Schuld nochmals überprüft werden. Von der sich hier andeutenden Perspektive abgesehen ist die Zahl der Schüsse interessant. Am Tatort fanden sich drei Patronenhülsen. Wer feuerte den dritten Schuß ab? Die Kripo Berlin hat unter Diesners Freunden nicht ermittelt.

Manfred Behrend

Laura Benedict, Sehnsucht nach Unfreiheit. Der Fall Kay Diesner und die rechte Szene. Ermittlungen am Ort des Geschehens, edition ost, Berlin 1998, 253 Seiten, 14,80 Mark

**Veranstaltungshinweis**

Bonn - Mit der Bedeutung der Erinnerung für unsere Demokratie befaßt sich eine Podiumsdiskussion, die am 29. Oktober von 18.00 bis 21.00 in der Bonner Beethovenhalle stattfindet. Erinnert werden müsse an die Opfer des Nationalsozialismus, ebenso wie auch an die politischen Kräfte, die es den Nazis ermöglichten, an die Macht zu kommen. Keinen Schlußstrich dürfe es geben unter die Verbrechen, die während der Nazi-Zeit auch von der Wehrmacht begangen wurden. Mit dieser Thematik setzen sich auseinander: Michael Friedmann vom Zentralrat der Juden, die Sozialwissenschaftlerin Gabriele Rosenthal, der ehemalige Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD Hans Jochen Vogel und die Grünen-Politikerin Antje Vollmer. Moderator der Diskussionsrunde ist Helmut Lölhöff, Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“ und Herausgeber des „blick nach rechts“.

Bücherschau

Rechte Aktivistinnen

Männer sind auf nahezu allen Ebenen des Rechtsextremismus, sei es Engagement, Funktionstätigkeit, Militanz oder Wahlverhalten, stark überrepräsentiert. Dies erklärt auch das allgemein geringe Interesse an Fragen nach den spezifischen Zugängen von Frauen zu rechtsextremistischen Einstellungen und Handlungsweisen, die journalistisch meist sensationslustig und wissenschaftlich lediglich sporadisch thematisiert und untersucht wurden. Die unterschiedlichsten Facetten des Zusammenhangs von Frauen und Rechtsextremismus erörtern wollen die Beiträge des Sammelbandes „Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen“, den die Journalistin und Politologie-Studentin Renate Bitzan herausgegeben hat. Er enthält 17 Beiträge von jüngeren Sozialwissenschaftlerinnen zu den verschiedensten Aspekten: behandelt werden rechtskonservative Politikangebote von und für Frauen, „Lebensschützerinnen“, die Frage nach faschistischen Feministinnen, Frauen in rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen sowie in neheidnischen Organisationen, politische Aktivistinnen in neonazistischen Gruppen, ebenso wie Themen und Positionen von rechten Zeitschriftenautorinnen, die Rolle von Mädchen in rechtsextremistischen Cliquen oder Zusammenhänge zwischen Feminismus und Rechtsextremismus im allgemeinen und spirituellem Öko-Feminismus und rechtsextremistischer Ideologie im besonderen. Des weiteren wird thematisiert: die Wahrnehmung des Rechtsextremismus als Männerproblem, das Ausmaß und die Formen rechtsextremistischer Einstellungen bei Frauen, Erklärungsansätze für Rechtsextremismus bei Frauen, die Wahrnehmung rechtsextremistischer Frauen durch die Medien und Ansätze in der Sozialarbeit mit rechtsextremistischen Mädchen.

Aufgrund der thematischen Heterogenität der Beiträge kann kein einheitliches Resultat festgestellt werden. Gleichwohl zeigen viele Beiträge auf, was die Herausgeberin Bitzan wie folgt formuliert: „Sowohl im Bereich der Frauenbilder als auch im Bereich frauenpolitischer Positionen ist unter den Frauen im rechtsextremen Spektrum keine Einheitlichkeit, sondern eine recht große Heterogenität vorzufinden.“ Dies gilt auch für das Vorhandensein von Positionen, die man aus der Frauenbewegung kennt. Bitzan dazu: „Die Auseinan-

dersetzung um emanzipative Bestrebungen ist jedoch meist nicht so zentral, als daß sie die eigene politische Verortung der Frauen im rechten Lager ins Wanken brächte. Nationalistische Ziele haben allemal Vorrang“ (S. 242f.).

Das Urteil über den Sammelband fällt ambivalent aus: Einerseits liefern die Autorinnen eine Fülle von Informationen und Material zu einem bislang nicht genügend beachteten Thema, was das Buch sowohl zur Einstiegslektüre wie als Nachschlagewerk nützlich erscheinen läßt. Inhaltlich verdeutlichen die Autorinnen darüber hinaus, daß Frauen im Rechtsextremismus keineswegs nur Mitläuferinnen oder Opfer, sondern auch Aktivistinnen und Täterinnen sind. Und schließlich weisen die Texte mehrfach auf Zusammenhänge von feministischer und rechtsextremistischer Ideologie in Vergangenheit und Gegenwart hin. Andererseits verstört aber, daß die Autorinnen keinen Rechtsextremismus-Begriff benutzen, sondern mit der diffusen Kategorie „rechts“ arbeiten. Dies führt mitunter zu zweifelhaften Zuordnungen von Personen und Positionen, was exemplarisch ein Verzeichnis im Anhang mit dem Titel „Kurzbiographien rechter Frauen“ veranschaulicht. Es enthält Darstellungen zu demokratisch-konservativen Autorinnen wie Gertrud Höhler und Christa Meves ebenso wie zu neonationalsozialistischen Aktivistinnen wie Ingrid Weckert und Ursula Worch. Derart undifferenzierte Zuordnungen finden sich leider häufig auch in den Texten der einzelnen Beiträge, wodurch deren Aussagewert mitunter enorm abgewertet wird. Letzteres wird allerdings häufig auch durch analytische Defizite bewirkt, die sich im Mangel an der klaren Herausarbeitung von Einschätzungen und Resultaten ausdrücken.

Armin Pfahl-Traugher

Renate Bitzan (Hrsg.), Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Berlin 1997 (Elefanten Press), 310 S., 39,90 DM

**Veranstaltungshinweis**

Lübeck - Der Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ lädt für den 24. Oktober zu seinem Forum 1998 „... daß nie mehr Gotteshäuser brennen“ um 10.00 Uhr in die St. Petrikirche in Lübeck ein. Referenten sind neben anderen: Pastor Günter Harig aus Lübeck, Reinhard Rürup, Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin sowie Michael Friedmann vom Zentralrat der Juden. Das Schlußwort wird der Vorsitzende des Vereins, Hans-Jochen Vogel, sprechen.

Meldungen

Inland

■ **Bochum** - Das vom Landesverband der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) in Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Bochum im 1. Jahrgang herausgegebene Blatt „Schwarze Fahne“. Die Zeitschrift für nationalistische Jugendkultur und Politik“ hat ein Interview mit Friedrich Busse, Ex-Bundesvorsitzender der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ geführt. Als sein größtes Vorbild bezeichnet Busse „den unbekannten, einsatz- und opferbereiten SA-Mann“. Gefragt nach seiner „Lieblingsgestalt in der Geschichte“ antwortet Busse, daß er diese Frage „leider wegen §86a StGB nicht beantworten“ könne. Das Interview mit dem führenden Neonazi-Kader scheint einen ideologischen Kursschwenk in der JN-Politik anzudeuten; bislang distanzierte sich die JN-Bundesführung unter Holger Apfel - wohl aus taktischen Gründen - von NS-Nostalgikern vom Schlage Busses. Ganzseitig wird in der „Schwarzen Fahne“ auch „Das Grüne Buch. Die Dritte Universaltheorie“ von Muammar Al Quaddafi angepriesen. Mit dessen Grundlinien politischer Lehre (nationale Unabhängigkeit, antimarxistischer Sozialismus und ein Modell direkter Demokratie) können sich die Blattmacher unter Chefredakteur Frank Amberg identifizieren.

■ **Bonn** - Im neonazistischen Mailbox-Netz Thule wird ein NPD-Flugblatt verbreitet, in dem zu einer „Demonstration gegen die Antideutsche >Wehrmachtsausstellung< am 24. Oktober in Bonn aufgerufen wird. „Ziel dieser Ausstellung“, so das Flugblatt, sei „das Ansehen und die Ehre der deutschen Soldaten in den Schmutz zu ziehen.“ Die „alten und jungen Kameraden“ werden aufgefordert: „Zeigt Euren Protest auf der Straße und in der Öffentlichkeit! Keine Ruhe für die bolschewistische Schandausstellung! Leistet Widerstand jetzt!“ Nähere Informationen zu dem braunen Aufmarsch erteilt das „Nationale Infotelefon Rheinland“.

■ **Dresden** - Eine neue Ausgabe der Independent-Zeitschrift „Sigill“ aus Dresden, in der neuheidnische, okkulte, esoterische und faschistoide Elemente eine Melange bilden, ist erschienen. „Sigill“, von der „Jungen Freiheit“ als die schwarze Avantgarde“ hochgeredet, versteht sich als „unabhängiges Kulturmagazin für Europa“ und wird laut Impressum im „Europäischen Bundesstaat Deutschland, Königreich Sachsen“ gedruckt. Schriftleiter

des Blattes ist Stephan Pockrandt aus Dresden. In der aktuellen Ausgabe werden u.a. die „literarischen Künste“ von Josef Klumb (alias Jay Kay), dem Frontmann von „Forthcoming Fire“, einer Band, die mit Vorliebe über die „Schwarze Sonne“ singt, angepriesen. Veröffentlicht ist auch ein Artikel über das im Mai in Leipzig stattgefundenen Wave/Gothic-Treffen sowie die Rezension eines Buches über das Schaffen des NS-Bildhauers Arno Breker. Mit Werbung ist der Midgard-Versandhandel von Michael Daumoser in „Sigill“ vertreten. Dort ist u.a. der Bestseller aus dem ARUN-Verlag „Die Schwarze Sonne von Tashi Lhunpo“ erhältlich. Im November veranstaltet „Sigill“ eine Konzertreihe mit der US-amerikanischen Band „Blood Axis“. Kopf der Gruppe ist Michael Jenkins Moynihan. Mit von der Partie sind auch die einschlägig bekannten Dark Wave-Bands „Allerseelen“, „Jägerblut“, „Ahnenkult“ und „Stahlnetz“. Die Konzerte sind laut Einladung als „Privatveranstaltungen“ deklariert. „Der Einlaß ist vorbehalten nur mit Einladung!“

■ **Hamburg** - In der letzten Woche vor den Bundestagswahlen fiel die „Deutsche Volksunion“ in Hamburg negativ auf. Sechs Plakataufsteller der Partei bedrohten drei türkische Männer und einen Deutschen. Einer der Rechtsextremisten zog dabei auch eine Waffe. Die Polizei beschlagnahmte bei den Verdächtigen drei Pistolen und einen sogenannten „Totschläger“. Unter den Beschuldigten befindet sich auch der 30jährige Jacek Lazniowski - DVU Kandidat zur Bundestagswahl auf Platz 5 der Hamburger Landesliste.

■ **Hamburg** - In der aktuellen Ausgabe der von der neurechten „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“ (DESG) herausgegebenen Publikation „DESG-inform“ ist auch ein Beitrag über die „Republikanische Jugend“ (RJ) enthalten. Der RJ-Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Markus Burkhard aus Karlsruhe, forderte in einem Schreiben an die Führung seiner Partei und an den „Bund Freier Bürger“ (BFB) ein Bündnis rechter Kräfte. Dabei sollte neben REP und BFB auch die DSU miteinbezogen werden. BFB-Generalsekretär Heiner Kappel und der Berliner Rechtsanwalt und BFB-Vorständler Markus Roscher hätten bereits die Absicht signalisiert, „nach der Bundestagswahl mit den führenden Vertretern der Republikaner Gespräche zu führen“, so „DESG-inform“. Ziel sei es, heißt es in dem Blättchen weiter, „die Arbeit der bisher konkurrierenden Parteien zu bündeln.“ Die „Zusammenarbeit“ solle bereits mit der Landtagswahl in Hessen im kommenden Februar beginnen.

■ **Hamburg** - Die rechtsextremen „Deutschen Konservativen“ führen vom 9. bis 19. November eine Israel-Reise durch. Geleitet wird die Reise von dem notorischen Unions-Rechtsaußen und ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Lummer (65). In der Zeit vom 27. bis zum 30. November halten die „Deutschen Konservativen“ zudem einen „Mini-Wochenendkongreß“ im hessischen Oberorke (Kreis Waldeck-Frankenberg) ab. Zu den angekündigten Referenten gehören neben Lummer der Rechtsanwalt Klaus Kunze, ehemaliger Aktivist des ultrarechten „Ringes Freiheitlicher Studenten“ und Autor der „Jungen Freiheit“, sowie Bruno Bandulet. Bundesvorstandsmitglied des „Bund Freier Bürger“ (BFB). Die Mitgliederzahl der „Deutschen Konservativen“ habe sich infolge des Bundestagswahlkampfes verdoppelt, informierte der Vorsitzende Joachim Siegerist in seinem neuesten Rundschreiben.

■ **Hamburg** - In der September-Ausgabe (2/98) von „Fritz“, der Mitgliederzeitung der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) mit Sitz in Hamburg, wird per Chiffre-Anzeige (Nr. 1944) Grunderwerb in Ostpreußen gesucht. Ein unbekannt bleibender Anzeigenauftraggeber bietet 1.500 Mark für ein „Gut in Ostpreußen“: „Eigentumsrechte an Gutshof oder größerem Grundstück in Ostpreußen (...) zu kaufen gesucht. Ungeachtet der jetzigen Nutzung durch polnische und russische Nutznießer möchte ich die Rechte an deutschem Besitz in Ostpreußen erwerben. Wer will seine Rechte nicht mehr verfolgen und tritt sie notariell gegen gute Bezahlung ab?“. Deutliche Worte findet „Fritz“, Schriftleiter ist der Ex-JLO-Vorsitzende Bernhard Knapstein, auch für die CDU, die als „Altpartei“ und „Übel“ bezeichnet sowie für Helmut Kohl, der als „ökonomischer Dilettant“ diffamiert wird.

■ **Husum** - Eine Initiative zur Förderung kulturtragenden Schrifttums“ aus dem nordfriesischen Husum hat sich in einem Schreiben an die „Lieben Freunde des >Verlags für ganzheitliche Forschung<, des „Kultur-Verlags< und des >Hutten-Verlags<“ gewandt. Demnach befindet sich der Bohlinger-Verlagskomplex, der sich in jüngster Zeit verstärkt der Publikation von Werken der Ludendorff-Bewegung widmet, mal wieder in finanziellen Nöten. Benötigt werden innerhalb von kürzester Zeit mindestens DM 25.000. Die „Initiative, namentlich ein W. Reinhard und eine Karin Ahlers, rufen nun den Bohlinger-Kundenkreis auf, diesen mit Darlehen zu unterstützen. Diese sollen auf das Konto des „Deut-

schen Rechts- und Lebensschutz-Verbandes“ überwiesen werden.

■ **Kiel** - Der bundesweit auftretende rechtsextreme „Arbeitskreis für deutsche Politik“ hat einen neuen Vorsitzenden. Wolfgang Dahlmann aus Kiel übernahm die Leitung des rechten Theoriezirkels. Dahlmann gehörte Ende der 80er Jahre den „Republikanern“ an und war Mitte der 90er Jahre stellvertretender DVU-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein. Zuletzt berichtete die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ über eine Wochenendtagung des Arbeitskreises mit Beteiligung sogar aus den Niederlanden.

■ **Köln/Chemnitz** - Nach Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz dürfte in den kommenden Wochen mit weiteren Kämpfen um die Vorherrschaft unter den rechtsextremistischen Parteien gerechnet werden. Dies erklärte der Vizepräsident des Kölner Amtes, Klaus-Dieter Fritsche, am 30. September bei der Eröffnung der Ausstellung „Demokratie ist verletzlich - Rechtsextremismus in Deutschland“ in Chemnitz. Besonders den „Republikanern“ stehe ein Richtungsstreit bevor, Parteichef Rolf Schlierer werde sich beim Parteitag im November den Kritikern an seinem politischen Kurs, verbunden mit seiner Ablehnung einer rechtsextremistischen Bündnispolitik stellen müssen. Ein beträchtlicher Teil der Partei, allen voran REP-Vize Christian Käs, fordere seit langem ein „Ende der Leisetreterei“.

■ **Passau** - Zum 16ten mal fand in Passau die alljährliche „Großkundgebung“ der „Deutschen Volksunion“ statt, dieses Jahr am Samstag, den 26.9., einen Tag vor der Bundestagswahl. Eigenen Angaben zufolge 7.000, laut Presseberichten 3.000, Anhänger der „Deutschen Volksunion“ hatten sich in der Nibelungenhalle versammelt, um den Reden des Vorsitzenden Gerhard Frey und von Stargast Franz Schönhuber Beifall zu zollen. Der ebenfalls groß angekündigte Franzose Le Pen hatte vorher seine Teilnahme abgesagt, statt seiner erschien der Europaabgeordnete des „Front National“, Yvan Blot, der vor Jahresfrist noch auf dem Parteitag der „Republikaner“ zu Gast war. Etwa 1.200 Menschen hatten gegen das rechtsextremistische Spektakel in Passau demonstriert. Die NPD plante zunächst ebenfalls eine Gegendemonstration und konnte die Genehmigung auch gerichtlich erstreiten, blies das Vorhaben jedoch ab; wahrscheinlich aus Personalmangel, wie der Passauer SPD-Oberbürgermeister Willi Schmöller vermutete.

■ **Osnabrück** - Rund 8.000 Abonnenten hat die bereits im 44. Jahrgang erscheinende Waffen-SS-treue Monatszeitschrift „Der Freiwillige“, die im Osnabrücker Munin-Verlag erscheint. Dies berichtet die Jubelbroschüre „30 Jahre Truppenkameradschaft“ des „Kameradenwerks Korps Steiner e.V.“ aus Flensburg, das im Untertitel den Zusatz führt: „Die Truppenkameradschaft der europäischen Freiwilligen in der Waffen-SS >III. Panzerkorps<“.

■ **Schwarzenborn (Hessen)** - „PKW u. Busse u. Doka (LKW-Zul.), Ex-Bundeswehr (oliv) und Ex-BGS (d.-grün), günstig mit u. ohne TÜV beschafft: Tel...“ war inlängst in einer Annonce in der rechts-extremistischen Monatszeitschrift „Nation+Europa“ (NE) zu lesen. Auftraggeber der Anzeige und Beschaffer der Fahrzeuge ist der Neonazi Wolfram Mook, einst Abonnent der antisemitischen Hetzschrift „Die Bauernschaft“ von Thies Christophersen. Mook, der mit der terroristischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ in Verbindung stand, war auch zeitweilig stellvertretender Vorsitzender der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG). Das Anwesen von Mook befindet sich nur einen Steinwurf entfernt vom „Reichshof“ des Rechtsterroristen Manfred Roeder. Auch der 69jährige Roeder hatte gute Kontakte zur Bundeswehr, wie sein Auftritt bei der Hamburger Führungsakademie vom Februar 1995 belegte.

Ausland

■ **Lettland (Riga)** - Entgegen vollmundigen Erwartungen des Rechtsextremisten Joachim Siegerist erzielte seine „Volksfront für Lettland“ bei den lettischen Parlamentswahlen am 3. Oktober lediglich 1,75 Prozent - gegenüber 15 Prozent vor drei Jahren.

■ **Schweiz (Würenlos)** - Am 23. September verstarb in Baden der 78jährige Gerhard Förster, einst Offizier der Wehrmacht, seit 1994 Geschäftsführer des Verlages Neue Visionen. Der Verlag veröffentlichte ausschließlich holocaustleugnende oder antisemitische Bücher, so von Jürgen Graf und Erich Glagau. Noch Mitte Juli 1998 stand Förster mit seinem eifrigsten Autoren Jürgen Graf vor dem Bezirksgericht Baden, das den bereits hinfällig wirkenden Holocaust-Leugner zu zwölf Monaten Gefängnisstrafe und einer Geldbuße von 8.000 Franken verurteilte. Gemäß Angaben von Försters An-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

walt wird der Verlag, an dem Förster die Mehrheit besaß, wahrscheinlich liquidiert.

■ **Spanien (Barcelona)** - Der in Spanien lebende Holocaustleugner Germar Rudolf (verheirateter Scheerer) publiziert nicht nur unter seinem bekannten Pseudonym „Ernst Gauss“, sondern auch unter den Namen „Werner Kretschmer, Christian Konrad, Manfred Köhler, Rainer Scholz, Jakob Sprenger, Tuisco und Wilhelm Schlesinger“. Nach Angaben des bayerischen Verfassungsschutzes veröffentlicht er gemeinsam mit dem Holocaustleugner Karl Philipp auch unter „Heiko Schwind“ und „Gerhard Körner“.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Pressehaus I/216, Heussallee 2-10, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 21 31
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Heidemarie Lehmann

Herstellung:

OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto